

Armut und soziale Ausgrenzung in Europa

Armut, in der sog. Dritten und Vierten Welt eine traurige Alltagsrealität, hält seit geraumer Zeit auch Einzug in europäische Wohlfahrtsstaaten, wo sie zumindest als *Massenerscheinung* lange weitgehend unbekannt war. 2010 war das "Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung". Fungierte der zuletzt genannte Begriff anfänglich als Ersatz für den zuerst genannten und bemühten sich manche Regierungen während der 1990er Jahre, den Terminus "Armut" aus europäischen Dokumenten fernzuhalten, indem sie lieber von "sozialer Ausgrenzung" sprachen, so wird mittlerweile ein Strukturzusammenhang zwischen beiden Phänomenen hergestellt.

Die auf einem EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am 23./24. März 2000 in der portugiesischen Hauptstadt verabredete "Lissabon-Strategie" sollte Europa befähigen, seinen Bürger(inne)n dadurch Wohlstand zu sichern, dass die US-Hegemonie auf dem Weltmarkt gebrochen und eine wissenschaftlich-technisch begründete Führungsrolle übernommen würde. Die umfassende "Modernisierung" und Anpassung der Sozialstaaten an Markterfordernisse bzw. mächtige Wirtschaftsinteressen galt als Verwirklichung des in Lissabon beschlossenen Ziels. Hatte der damaligen Ratspräsidentschaft noch das Ziel vorgeschwebt, die Armut bis 2010 zu "überwinden", so beschränkte sich der EU-Gipfel vom 7. bis 11. Dezember 2000 in Nizza bereits auf die Forderung, "die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen." Statt bis zum Jahr 2010 wenigstens eine Halbierung der Armut zu erreichen, muss die EU heute eine weitere Steigerung der sozialen Ungleichheit registrieren. Gegenwärtig sind laut Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, von den ca. 500 Mio. Unionsbürger(inne)n über 80 Mio. arm bzw. armutsgefährdet, davon allein 12,5 Mio. in Deutschland, d. h. 15 Prozent der Einwohner/innen hierzulande. Sehr viel weniger ambitioniert fiel denn auch das entsprechende Kernziel im Rahmen der EU-Agenda 2020 aus. In der laufenden Dekade soll die Armut mittels einer "Leitinitiative" (z. B. "Maßnahmen zur Modernisierung und Intensivierung der Beschäftigungs- und Bildungspolitik sowie der sozialen Sicherung durch vermehrte Beteiligung am Arbeitsleben und den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit sowie die Stärkung der sozialen Verantwortung der Unternehmen") nur mehr um ein Viertel, also immerhin noch 20 Mio. Betroffene, verringert werden. Besonders energischen Widerstand hinsichtlich der genauen Quantifizierung und der Verbindlichkeit dieser Reduzierung leistete seinerzeit die deutsche Bundesregierung.

Das europäische Sozialmodell im Umbruch

Sucht man nach den Ursachen für die eher halbherzige Armutsbekämpfung im EU-Bereich, stößt man trotz einer keineswegs unwichtigen Symbolpolitik gegen Armut und soziale Ausgrenzung nicht zuletzt auf Reformmaßnahmen der Brüsseler wie der nationalstaatlichen Institutionen. Gerade die EU-Kommission leistete Prekarisierungs- und Pauperisierungsprozessen etwa durch die nach dem damaligen niederländischen EU-Kommissar Frits Bolkestein benannte Dienstleistungsrichtlinie systematisch Vorschub. Ungefähr seit der Jahrtausendwende befindet sich das europäische Sozialmodell in einem tiefgreifenden Erosions- und Transformationsprozess, der als neoliberal zu bezeichnen ist, weil seine Träger der Standortlogik folgen und die Wettbewerbsfähigkeit des "eigenen" Wirtschaftsstandortes durch marktkonforme Strukturreformen zu steigern suchen.

Beschleunigt und verstärkt wurde diese Entwicklung von der globalen Finanz-, der Weltwirtschafts- und der europäischen Währungskrise. Die staatlicherseits geförderte Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung bildete zugleich eine wichtige Krisenursache: Da die Reichen immer reicher und die Armen zahlreicher geworden sind, haben die spekulativen Anlagen auf den Finanzmärkten neue Rekordhöhen erreicht, während die zur Stärkung der Binnenkonjunktur in Krisenphasen nötige Massenkauflkraft fehlt. Ähnliches gilt für die Schuldenproblematik im Euro-Raum: Da die Bundesrepublik durch jahrzehntelange Reallohnsenkungen noch exportstärker geworden ist, haben andere EU-Länder, besonders die an der südlichen Peripherie gelegenen, ihr gegenüber so drastisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, dass sie ihre wachsenden Importe über Kredite finanzieren mussten.

Die soziale Frage blieb umso mehr auf der Strecke, je stärker "Rettungsschirme" für die Banken und den Euro (genauer: die Kapitalanleger) ins Zentrum der Politik rückten. Mittlerweile beherrscht die Sorge um die Stabilität der europäischen Währung den öffentlichen Diskurs so einseitig, dass die soziale Gerechtigkeit unter die Räder zu geraten droht. Auf der politischen Agenda steht *weniger*, jedoch auch ein *anderer* Wohlfahrtsstaat. Zusammen mit dem Abfindet ein Umbau des Sozialstaates statt. Es geht keineswegs um die *Liquidation* des Wohlfahrtsstaates, vielmehr um seine *Reorganisation* nach einem Konzept, das neben unzähligen Leistungskürzungen auch *strukturelle* Veränderungen wie die Reindividualisierung sozialer Risiken bzw. die (Teil-) Privatisierung der staatlichen Altersvorsorge, die Erhöhung des administrativen Kontrolldrucks und die drastische Ausweitung der Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Leistungsempfänger(inne)n beinhaltet.

Aus dem Wohlfahrtsstaat, wie man ihn bisher kannte, wurde im Rahmen der von Neoliberalen und Wirtschaftslobbyisten verlangten Reformmaßnahmen zunehmend ein "nationaler Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch), und zwar in zweierlei Hinsicht: Nach außen fördert er die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes auf dem Weltmarkt und nach innen überträgt er die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz bzw. betriebswirtschaftlicher Effizienz auf seine eigenen Organisationsstrukturen. Durch diese doppelte Transformation gewinnt der Wohlfahrtsstaat eine ganz andere Qualität, während das Soziale seinen Eigenwert verliert und dem Ökonomischen unter- bzw. nachgeordnet wird. "Standortsicherung" kehrt das Verhältnis von Ökonomie, Staat und Politik, die zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird, um. In den Mittelpunkt sozialpolitischen Handelns rückt die (vermeintlich) akut bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des "Wirtschaftsstandortes".

Die sozialen Sicherungssysteme werden zunehmend Markt-, betriebswirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzgesetzen unterworfen. Genauso wie Unternehmen und Gebietskörperschaften sollen sie nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, deutlich dahinter zurücktritt. Wettbewerb sowie Wahlfreiheit (für von Klienten zu "Kunden" avancierte Sozialstaatsbürger) beherrschen die Wohlfahrtsstaatskonzeption des Neoliberalismus, und sein Leitbild zielt auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandortes.

Eingebettet in ein umfassenderes Reformkonzept, das den ganzen öffentlichen Sektor modernisieren will, tritt an die Stelle des *aktiven* Sozialstaates, wie man ihn kannte, immer mehr ein "*aktivierender*", d. h. Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentierender Sozialstaat. Die verlangte Übernahme von "Eigenverantwortung" meint gerade nicht die Selbstbestimmung der Bürger/innen, sondern das Gegenteil: Schon der Terminus "aktivierende Arbeitsmarktpolitik" diffamiert Erwerbslose im Grunde als (zu) passiv, denn sonst könnten und müssten sie ja nicht durch geeignete Maßnahmen "aktiviert" werden.

Statt der Bedürftigkeit — wie im aktiven — löst im "aktivierenden Sozialstaat" erst die (Bereitschaft zur) Gegenleistung eines Antragstellers die staatliche Leistungspflicht aus. Damit hören Hilfebedürftige auf, Wohlfahrtsstaatsbürger/innen mit sozialen Rechtsansprüchen zu sein, und werden zu Objekten der von ihnen Entgegenkommen fordernden und sie nur dann ggf. fördernden Verwaltung herabgewürdigt. Warum soll ein Langzeit- oder Dauerarbeitsloser, der Mühe hat, seinen Tag normal zu strukturieren, unter einem Mangel an persönlichen Kontakten leidet und es gar nicht mehr gewohnt ist, frühmorgens aufzustehen, pünktlich in einem Betrieb oder einem Büro zu erscheinen und kontinuierlich etwas zu schaffen, eigentlich keine gemeinnützigen bzw. "im öffentlichen Interesse liegenden" Arbeiten verrichten, also z. B. einen Schulhof beaufsichtigen, den Stadtpark säubern oder Laub von den Straßen fegen, fragen sich viele

Bürger/innen. Obwohl es ihnen mittlerweile längst plausibel, wenn nicht absolut sinnvoll und notwendig erscheint, von Transferleistungsempfänger(inne)n solche "Gegenleistungen" zu verlangen, wird dem Wohlfahrtsstaat hierdurch eine ihm ursprünglich fremde, nämlich die Tauschlogik der Marktökonomie, implantiert. Ein "aktivierender Sozialstaat" ist damit kein Gegengewicht zu dieser, aber auch kein Garant demokratischer Verhältnisse mehr.

Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (z. B. Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der "postmoderne" Sozialstaat nur noch euphemistisch "Grundsicherung" genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, gibt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen anheim.

Das karitative Engagement, die ehrenamtliche Tätigkeit in der "Bürger-" bzw. "Zivilgesellschaft", die wohltätigen Spenden sowie das Stiftungswesen haben offenbar gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht. Ginge es nach den neoliberalen Kräften innerhalb der EU, würden die meisten Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Umweltschutz-, Freizeit-, Sport- und Wohlfahrtseinrichtungen, kurz: fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens, die nicht hoheitlicher Natur sind, noch stärker als bisher vom Kommerz beherrscht bzw. von der Spendierfreude privater Unternehmen, Mäzene und Sponsoren abhängig gemacht. An die Stelle des Sozialstaates träte letztlich quasi ein Staat der Stifter, privaten Spender und Sponsoren. Mit etwas Sarkasmus kann man durchaus einen politischen Hintersinn darin erkennen, dass dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit folgte.

Neoliberale präferieren ein Fürsorgesystem nach angelsächsischem Muster, das nicht auf erworbenen Rechtsansprüchen (Eigentumsgarantie bei Sozialleistungen) basiert, sondern die Vergabe von Transferleistungen nach Kassenlage (des Staatshaushaltes) ermöglicht. Beschönigend als "Zusammenlegung mit der Sozialhilfe" charakterisiert, war die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe in Deutschland ein Markstein auf dem Weg zum Almosen- bzw. Suppenküchenstaat und ein Rückschritt in der Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, weil sie mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging.

Armut — eine Folge der Transformation des europäischen Sozialmodells

Armut, die vor allem junge und ältere Menschen trifft und in den reichen EU-Ländern meist mit unterschiedlichen Formen sozialer Ausgrenzung einhergeht, ist weder ein (un)sozialer Kollateralschaden der Globalisierung noch ein politischer Betriebsunfall, sondern funktional, weil sie

nur das Gegenstück dessen bildet, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen nach neoliberaler Auffassung “verdient” haben. Armut ist systembedingt, d. h. Strukturmerkmal und Funktionselement einer kapitalistischen Marktgesellschaft. Wenn der Wohlfahrtsstaat nach neoliberalen Rezepten “um-” bzw. abgebaut wird, spaltet sich die Gesellschaft. Auch sozialräumlich fällt sie deutlicher auseinander, was nicht ohne Konsequenzen für ihren Zusammenhalt bleibt.

Durch die gezielte Zerstörung des europäischen Sozialmodells wird Armut erzeugt, anders formuliert: Die von neoliberalen Kräften in der EU vorangetriebene “US-Amerikanisierung” des hiesigen Sozialstaates führt zu einer “US-Amerikanisierung” der Sozialstruktur, d. h. zu einer Pauperisierung bzw. Prekarisierung eines größeren Teils der Bevölkerung, einer forcierten, sich auch sozialräumlich verfestigenden Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie einer Peripherisierung ökonomisch weniger leistungsfähiger bzw. demografisch benachteiligter Regionen. Neben der Gesamtbevölkerung, die zunehmend in Arm und Reich zerfällt, spaltet sich die Armutspopulation selbst noch einmal. Den armen Erwerbslosen traten die erwerbstätigen Armen zur Seite. Mit mehrjähriger Verspätung der US-Entwicklung folgend, bildeten die europäischen Staaten einen breiten Niedriglohnsektor aus, der nicht nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst. Je mehr (Dauer-) Arbeitslose es gab, umso problemloser ließen sich Personen für weit unter Tarif bezahlte “McJobs” finden. Längst reichen viele Vollzeitverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass ergänzend mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird.

Genauso wenig, wie die Globalisierung “naturwüchsig” Arbeitslosigkeit und Armut erzeugt, zieht die materielle Deprivation von Menschen automatisch deren soziale Exklusion nach sich. Dafür ist vielmehr die Tatsache verantwortlich, dass der Neoliberalismus mit dem Standortnationalismus eine moderne Spielart des Sozialdarwinismus hervorbringt, welcher die Gesellschaft in mehr und weniger Leistungsstarke bzw. Gewinner und Verlierer/innen unterteilt. Ausgegrenzt wird, wer dem “eigenen” Wirtschaftsstandort nicht oder wenig nützt und ökonomisch schwer verwertbar ist. Arbeitslose, Greise, Menschen mit Behinderungen und Zuwanderer sehen sich immer häufiger dem Vorwurf ausgesetzt, “Sozialschmarotzer” zu sein, sich “nicht zu rechnen” und der “Standortgemeinschaft” auf der Tasche zu liegen. Hierdurch entstehen politisch-ideologische Anknüpfungspunkte für einen Rechtsextremismus bzw. -populismus, der weder sensationelle Wahlerfolge seiner Parteien noch spektakuläre Gewalttaten meist männlicher Jugendlicher braucht, um die Entwicklung der Gesellschaft durch die Beeinflussung des Denkens von Millionen arbeitender Menschen zu beeinträchtigen.

Ebenso wie die EU-Gipfeldiplomatie hinter verschlossenen Türen ist der Sozialabbau eine Gefahr für die Demokratie. Diese beinhaltet nämlich mehr als die Möglichkeit, alle

vier oder fünf Jahre eine Wahlurne aufsuchen zu dürfen. Sie impliziert darüber hinaus, dass alle Wohnbürger/innen eines Landes über dessen Schicksal mitbestimmen können, also in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Aber wie soll eine alleinerziehende Mutter im Hartz-IV-Bezug, die am 20. des Monats für sich und ihre Kinder selbst dann kein warmes Essen mehr auf den Tisch bringt, wenn der Herd noch funktioniert (Strom bzw. Gas also nicht abgesperrt ist), Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetzgebungsprozesse nehmen?

Wenn selbst Teile der gehobenen Mittelschicht die Angst vor dem sozialen Abstieg oder Absturz ergreift, wächst die Gefahr, dass sich Ausgrenzungsideologien wie Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus innerhalb einer Gesellschaft durchsetzen. Obwohl es sich bei den “Euro-Rettungsschirmen” um Kredite und Bürgschaften handelt, fühlt sich Deutschland teilweise als Zahlmeister der EU und spielt sich dort als Zuchtmeister auf. Liest man Thilo Sarrazins zweiten Bestseller “Europa braucht den Euro nicht”, gewinnt man den Eindruck, dass alle Völker nur unsere “harte” Währung wollen. Sarrazin knüpft einmal mehr geschickt an bestehende Ressentiments an. War es in seinem Buch “Deutschland schafft sich ab” das Klischee vom Hartz-IV-Empfänger, der nicht mit Geld umgehen kann, und vom Migranten muslimischen Glaubens, der faul in der Hängematte des Sozialstaates liegt, so fügt ihnen Sarrazin nun das Klischee vom faul in der Sonne liegenden und “unser sauer erarbeitetes Steuergeld” verprassenden Südländer hinzu. Er setzt seinen Feldzug fort, der in Richtung rechtspopulistischer Parteien weist, die ja in mehreren europäischen Ländern aufsehenerregende Wahlerfolge feiern. Ein “seriöser Rechtspopulismus”, wie ihn Marine Le Pen in Frankreich zu verkörpern sucht, hat bei uns bislang keine Chance gehabt. Am ehesten kann wohl ein früherer Finanzminister und Ex-Bundesbanker die Quarantäne durchbrechen, in der sich die extreme Rechte in Deutschland seit 1945 befindet. Sarrazin bereitet womöglich publizistisch vor, was später auch parteipolitisch mehr Erfolg haben und sich zu einer Gefahr für die Demokratie entwickeln kann.

Migration und Armut

Schlagzeilen wie “Osteuropäer sitzen auf gepackten Koffern” oder “Europas Ärmste auf dem Weg nach Deutschland” schüren Ängste vor einer Massenzuwanderung und Wohlstandsverlusten für die Einheimischen: Viele hunderttausend Bulgaren und Rumänen, suggerieren manche Presseberichte, seien auf dem Sprung, um die seit dem 1. Januar 2014 ohne Beschränkungen für sie geltende EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auszunutzen und Transferleistungen des deutschen Sozialstaates abzugreifen. Dass dieser nach unzähligen Reformen während der vergangenen Jahrzehnte längst nicht mehr so generös wie auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung vor der Weltwirtschaftskrise 1974/75 ist, sondern den meisten Zuwanderern durch eine nicht bloß europarechtlich umstrittene Bestimmung im Sozialgesetzbuch (SGB) II in den ersten Monaten jeglichen Anspruch auf Grundsicherungs-

leistungen vorenthält, wird häufig verschwiegen. Bei den bulgarischen und rumänischen Hartz-IV-Empfänger(inne)n handelt es sich fast durchgängig um “Aufstocker/innen”, d. h. Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Über den Skandal, dass Bulgar(inn)en und Rumän(inn)en als Leih- bzw. Werkvertragsarbeiter/innen etwa in Schlachthöfen unter sklavenähnlichen Bedingungen und zu Hungerlöhnen tätig sind, spricht kaum jemand. Dabei boomt die Ausbeutung dieser Zuwanderer/innen durch Unternehmen der Fleischindustrie — der Entwicklung vom Rheinischen zu einem schweinishen Kapitalismus entsprechend — genauso wie durch skrupellose Immobilienhaie, die ihnen primitive Behausungen zu Horrormieten überlassen.

Parallelen der medialen Migrationsberichterstattung fallen ins Auge. So schrieb der *Spiegel* über die “Gastarbeiter” in den 1970er-Jahren: “Fast eine Million Türken leben in der Bundesrepublik, 1,2 Millionen warten zu Hause auf die Einreise. Der Ansturm vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.” Zeitschriftenartikel wie dieser bestätigten Regierungspolitiker und -parteien nicht bloß in dem Bestreben, der Zuwanderung durch den “Anwerbepstopp” möglichst umgehend Einhalt zu gebieten, sondern legitimierten auch den kurz darauf beginnenden “Um-” bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates.

Fungierte seinerzeit der Bosphorus als Bedrohungskulisse, so löste ihn der Balkan als Inbegriff einer unruhigen Region mit einer als “tickende Zeitbombe” geltenden Bevölkerung, die zur “Armutsmigration” neigt, später ab. Erwähnt sei nur die Debatte über “Klau-Kids” aus Roma-Familien des früheren Jugoslawien und eine sog. Balkan-Bande in Köln um die Jahrtausendwende. Die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* skandalisierte den nach Geltung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit vermeintlich drohenden “Sozialtourismus” (Unwort des Jahres 2013) schon, bevor Hartz IV am 1. Januar 2005 in Kraft trat, und griff dieses Thema auch danach wiederholt auf. Da sich Armut-, Migrations- und Kriminalitätsdiskurs überlappten, gelangte das rechtsextreme Motiv der Roma, die arbeitsscheu sind, Banden bilden, betteln und den deutschen Sozialstaat ausplündern, nach längerer Zeit seiner Verbreitung und Vertiefung in die gesellschaftliche Mitte.

Unter dem Motto “Wer betrügt, der fliegt” hat die CSU im Vorfeld der nächsten Kommunal- und Europawahlen eine antiziganistische Hetzkampagne gestartet, die Wasser auf ihre Wahlkampfmühlen leiten soll. Innerhalb der Mehrheitsgesellschaft bestehende Ressentiments gegenüber Roma werden aufgegriffen und verstärkt, deren soziale Probleme kurzerhand ethnisiert und Menschen, die auf der Arbeitssuche nach Deutschland kommen und hier auf ein gutes Leben hoffen, kriminalisiert. Einmal mehr wird auf dem Rücken einer Minderheit, deren Mitglieder angeblich stehlen, lügen und betrügen, rassistische Stimmungsmache betrieben.

Wenn ein Arbeitsmigrant auswandert, um in einem anderen Land erwerbstätig zu sein, und ein Armutsmigrant, um der Not in seiner Heimat zu entkommen, ist der Streit darüber müßig, worum es sich bei den Bulgaren und Rumänen in Deutschland handelt. Ignoriert wird die starke Fragmentierung dieser Bevölkerungsgruppe, in der sich die Polarisierung der Lebenslagen im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung manifestiert. Geboten wäre daher eine differenzierte Sicht auf die Lebenslagen der Zuwanderer: Ärzten, Technikern und Ingenieuren, die ihre Heimat verlassen, weil sie woanders mehr Geld zu verdienen hoffen, stehen Menschen gegenüber, die krassestem Elend, rassistischer Diskriminierung und totaler Perspektivlosigkeit zu entfliehen suchen. Selbst zwischen bulgarischen und rumänischen Zuwanderern gibt es erhebliche beruflich-qualifikatorische und soziale Unterschiede. Man kann nicht alle Migranten derselben geografischen oder ethnischen Herkunft über einen Kamm scheren, zumal die Grenzen zwischen Arbeits-, Armut- und Fluchtmigration fließend sind. Augenscheinlich werden die Zuwanderer nicht von einem großzügigen Sozialstaat, vielmehr von einem weniger angespannten Arbeitsmarkt in dem am meisten prosperierenden EU-Land angezogen.

Nimmt man Daten und Fakten zur Kenntnis, erweist sich die Rede vom “Sozialtourismus” der Südosteuropäer als unzutreffend. Nur in Städten wie Berlin, Duisburg und Dortmund, wo die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist, sind auch zugewanderte Bulgar(inn)en und Rumän(inn)en davon sehr stark betroffen. In den Boomtowns des Südwestens der Bundesrepublik und des Rhein-Main-Gebietes hingegen ist auch die entsprechende Quote der osteuropäischen Migrant(inn)en niedrig, was dafür spricht, dass diese genauso wie arbeitslose Deutsche nach einer Stelle suchen, aber nur dann Erfolg haben, wenn genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Man kann nicht über die Alterung der Bevölkerung und einen Fachkräftemangel in der Bundesrepublik lamentieren, aber meistens gut qualifizierte und hoch motivierte Arbeitskräfte aus den südöstlichen EU-Staaten als “Sozialschmarotzer” diffamieren. Freilich sollten Migranten weder als demografische Lückenbüsser noch als Stützen des “Standorts D” betrachtet werden. Um zivilisatorische Mindeststandards, der Fundamentalnorm unserer Verfassung (Art. 1 Absatz 1 Satz 1 GG: “Die Würde des Menschen ist unantastbar”) und humanistischen Grundwerten zu genügen, darf man eben nicht nach dem ökonomischen oder demografischen “Nutzwert” eines Migranten fragen.

Aufgrund des enormen Wohlstandsgefälles innerhalb der EU dürften die Wanderungsbewegungen zwischen den Mitgliedstaaten anhalten, zumal die meisten Beitrittskandidaten (z. B. Albanien, Montenegro, Mazedonien und Serbien) ähnliche ökonomische Probleme wie Bulgarien und Rumänien haben. Umso notwendiger ist die Verringerung der sozialen Ungleichheit, national ebenso wie international, und die Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit hier wie dort.

Literatur

- Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun (Hg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills
- Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun (Hg.) (2009): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 4. Aufl. Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2012): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York
- Butterwegge, Christoph (2014): Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. Aufl. Wiesbaden

Dr. Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismus, Rechtsextremismus, Gewalt und Gewaltprävention, Migrationspolitik, Globalisierung, Neoliberalismus, Sozialstaat, demografischer Wandel, relative Armut — besonders von Kindern — und Generationengerechtigkeit.

Die Verkehrung der Welt in mehreren Akten

Karl-Heinz Klär am 12. April 2014 im Gespräch mit Kuno Rinke über den Finanzkapitalismus, die Krise der Europäischen Union und die Übertölpelung der jungen Generation

I. Klassengesellschaft

Herr Klär, Sie sind Sozialdemokrat, waren 20 Jahre rheinland-pfälzischer Staatssekretär und zuletzt in der parlamentarischen Versammlung des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union Fraktionsvorsitzender der dort vereinigten Linken und Grünen. 2011 sind Sie ausgeschieden, Anfang 2013 wieder aufgetaucht in den NachDenkSeiten mit einem linksradikalen Essay zur politischen Ökonomie der Bundesrepublik¹. Kann man dem Vorgang für das politische Lernen etwas abgewinnen?

Ich möchte es ungern ausschließen.

Warum im Februar 2013 "Die GroßeMittelKlasse" und dann auch noch so geschrieben?

"GroßeMittelKlasse" ist kein Begriff, sondern ein doppelbödiges Sprachspiel, darauf verweise ich durch die Schreibweise. Den Text musste ich politisch loswerden. Linksradikal kann man ihn nicht nennen.

Wie sonst?

Radikal und nonkonformistisch, damit wäre ich einverstanden.

Aber dass Sie links stehen, bestreiten Sie nicht.

Nein, auch nicht die Herkunft aus der Arbeiterklasse oder die Abneigung gegen die Durchkapitalisierung der Welt. Nur, deswegen ist der Text nicht linksradikal.

Sie beginnen Ihren Essay immerhin mit dem Klassenkampf.

¹ Es handelt sich um den Aufsatz von Karl-Heinz Klär *Die GroßeMittelKlasse* vom 7. Februar 2013 auf der Webseite NachDenkSeiten. Die kritische Webseite, www.nachdenkseiten.de/?p=16111

Internet-Adressen zum Auffinden und zur Erläuterung einiger Verweise und Fachbegriffe, die sich in dem Gespräch finden

(alle Zugriffe vom 12.4.2014)

Manifest der Kommunistischen Partei, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei. Volltext des Manifestes unter https://de.wikisource.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei_%281848%29

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in: https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_für_wirtschaftliche_Zusammenarbeit_und_Entwicklung

Peter Henseler, Was uns Karl Polanyi heute noch zu sagen hat, in: www.unitarier.at/PH_Polanyi10.pdf

Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, in: www.pinkepinke.net/saldenmechanik/Saldenmechanik.html. pinkepinke ist ein *Blog* über das Geld- und Finanzsystem.

Mackenroth-These, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mackenroth-These>

Zu David Graeber

David Graeber: *Schulden: Die ersten 5000 Jahre 2012*. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2012 (engl. Originaltitel "Debt: The first 5000 Years." New York: Melville House 2011)

David Graeber, in: http://de.wikipedia.org/wiki/David_Graeber

Schulden: Die ersten 5000 Jahre, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Schulden:_Die_ersten_5000_Jahre

Zu Steuern auf Vermögen in der OECD 2010

Claus Hulverscheidt: *Vermögenssteuern im Vergleich. Reichenparadies Deutschland*, vom 21.12.2013, in: www.sueddeutsche.de/geld/vermoegenssteuern-im-vergleich-reichenparadies--1.1849026